A. M. Koeniger, Brenz und der Send (Sonderabdruck aus den Beiträgen zur Geschichte der Renaissance und Reformation, Jos. Schlecht als Festgabe zum 60. Geburtstag dargebracht. München 1917, S. 208—224).

In mustergültiger Weise unternimmt es Koeniger in dieser seiner neuesten Studie zur Geschichte des Sends, die Lokalgeschichte zur Beleuchtung größerer Umwälzungen auf dem Gebiete der kirchlichen Rechtshistorie zu verwerten und aus lokalen Einzelheiten große Gesichtspunkte zu gewinnen. Es handelt sich um eine Erläuterung der vom Unterzeichneten aus dem Codex Suevo-Hallensis wieder entdeckten und in der Bibliographia Brentiana veröffentlichten Sendordnung für die Landschaft von Schwäbisch-Hall, „ein Unikum in ihrer Art“. Koeniger zeigt, daß dieser Versuch einer reformatorischen Neubelebung des Send der dritte von Brenz, der also auch hier wieder einmal als der Konservative erscheint, unternommene ist, in der Mitte steht zwischen der Kirchenordnung für die Stadt Hall 1526 und seinen 1531 eingereichten Vorschlägen für Nürnberg-Ansbach und sachlich am reinsten die alten Sendgedanken „mit allen Wesensbestandteilen und notwendigen Einrichtungen“ vertritt. Von einer formellen Abhängigkeit der Ordnung von irgendeiner im Würzburgischen oder in der Haller Gegend selbst gebräuchlichen katholischen Sendordnung wird nicht die Rede sein, es handelt sich um die allgemeinen Züge des Sends, die Brenz aus nächster Nähe (Speyerer, Wormser, Würzburger Diözesen, Hall) kannte. Wenn Brenz schließlich (z. B. in der Württembergischen Kirchenordnung 1536) auf die Ideen vom Send verzichtete, so erklärt das Koeniger in Übereinstimmung mit dem Referenten (Archiv für Reformationsgeschichte IX 82f.) aus ihrer Inadäquatheit zum landesherrlichen Kirchenregiment. Die im Send verkörperten Gedanken einer Bestrafung von durch das staatliche Recht nicht zu treffenden Vergehen (sittlicher Art) haben in den landesherrlichen Polizeimandaten um des Landfriedens willen ihre verweltlichte Realisierung gefunden; die kirchliche Sittenzucht hörte auf. Damit ist schon der prinzipielle Gesichtspunkt gewonnen. In seiner Verfolgung stellt K. noch fest, daß der Satz Haucks (Realenzykl. XVIII³ S. 215 Z. 27), die Sendgerichte hätten auf den evangelischen Gebieten durchweg aufgehört, nicht richtig ist, wie die von K. gebrachten Beispiele belegen. Wenn dann K. auch die Meinung als unrichtig bekämpft, die öffentliche Kirchenbuße sei etwa mit dem 12. Jahrhundert ganz verschwunden, da sie vielmehr „als oft gebrauchtes Mittel der Kirchenzucht und des kirchlichen Strafrechts bis ins 19. Jahrhundert fortlebte, ja, im späteren Mittelalter von den weltlichen Gerichten als Strafart übernommen wurde“, so wird ein Unterschied gemacht werden müssen zwischen poenitentia publica im Sinne von öffentlichem Sündenbekenntnis (im Gegensatz zur Privatbeichte) und im Sinne eines öffentlichen Abbüßens der Strafe. Diese hat sich offenbar länger gehalten als jenes. So ganz „der geschworene Feind“ des Sends (S. 214) kann übrigens Luther doch nicht gewesen

sein; denn seine bekannten Vorschläge zur Kirchenzucht in der „Deutschen Messe“ 1526 (WA. XIX S. 75) berühren sich mit Sendgedanken: es ist eine öffentliche Bestrafung vorausgesetzt, weil man die, so sich nicht christlich hielten, „kennt“.

Zürich.

W. Köhler.

A. Schultze, Stadtgemeinde und Reformation. Eine Antrittsvorlesung in erweiterter Fassung (a. u. d. T.: Recht und Staat in Geschichte und Gegenwart. Eine Sammlung von Vorträgen und Schriften aus dem Gebiet der gesamten Staatswissenschaften Nr. 11). Tübingen, J. C. B. Mohr (P. Siebeck) 1918. 51 S.

Aus mehr denn einem Grunde werden die Leser unserer Zeitschrift es froh begrüßen, daß A. Schultze seine Leipziger Antrittsvorlesung vom 16. Januar dieses Jahres in erweiterter Fassung veröffentlicht hat. Die Betrachtung der durch die deutsche Reformation in die Wege geleiteten Rechtsentwicklung ist in der Jubiläumsliteratur des vorigen Jahres mehr als stiefmütterlich gewesen (vgl. Theologisches Literaturblatt 1918, Sp. 126), und gerade für sie bedeutet das inhaltreiche Heft zugleich ein Programm, das überdies an frühere Arbeiten seines Verfassers anknüpft und sie weiterführt. Sein Ziel ist, dem großen Anteil des Stadtbürgertums an der Wegebereitung für die Reformation und deren Ausbreitung zu seinem ihm gebührenden Rechte zu verhelfen, derart daß die verfassungsrechtliche Seite dieses Anteils gewertet, ein Beitrag zur Vorgeschichte und Geschichte der Laiengemeinde im Rahmen der lutherischen Kirchenverfassung gebracht werde. Diese Aufgabe ist in der Weise gelöst, daß im ersten Abschnitt die Stellung der mittelalterlichen Stadt am kirchlichen Rechts- und Verwaltungsleben geschildert wird, im zweiten aber die Tätigkeit der politischen Stadtgemeinde während des 16. Jahrhunderts in ihrer ganzen Kraft und Vielseitigkeit. Man erkennt leicht, daß Sch. mit gutem Grund den Hauptnachdruck auf den zweiten Teil seiner Ausführungen gelegt hat, mit denen er so gut wie Neuland erschließt. Rechtshistorisch von größtem Interesse ist der Nachweis, auf welchen Wegen sich der Durchbruch der Körperschafts-, des Gemeindegedankens vollzog. Eine bunte Fülle von Einzelbeispielen ist gemeistert, und sie alle lassen erkennen, wie von Anfang an die vorhandene bürgerliche Stadtgemeinde für das praktische Rechtsleben die handelnden Organe in den Dienst der neuen Kirche stellte. Der Rat „handelte nicht bloß als Stadtobrigkeit, sondern auch als Stadtgemeindegemeinschaft, als ausführendes Organ der Bürgerschaft“ (S. 34), so z. B. hinsichtlich der Annahme des neuen Glaubens, der Bestellung der Prediger und ihrer Besoldung, der Pfründen, der Stiftungen, der Güterverwaltung, der Kirchenordnungen. Aus allem erwächst eine Ergänzung u. a. zu den an sich so dankenswerten Erörterungen von P. Drews (Der